



Yvonne Feri
Ihre Stimme für Kinder
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 1. Oktober 2021

Bericht aus der Session – Nummer 40
Rückblick auf die Sommersession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Zu Beginn dieser Herbstsession befassten wir uns mit [Korrektur-Initiative](#), die eine rote Linie beim Export von Kriegsmaterialien verlangt. Ab 2014 wurden nämlich die 2008 festgelegten Regeln zum Export von Kriegsmaterialien immer mehr aufgeweicht. Es ist unglaublich, wieviel Kriegsmaterial die Schweiz exportiert. Im Jahr 2020 lieferten Schweizer Unternehmen Kriegsmaterial im Wert [901,2 Millionen Franken in 62 Länder](#). Was mit den Rüstungsgütern passiert, die die Schweiz verlassen haben, lässt sich nicht mehr kontrollieren. **Kriegsmaterial-Exporte lassen sich nicht rechtfertigen!** Im Juni 2021 fasste der Ständerat einen wichtigen Entscheid: Mit 30 zu 11 Stimmen verabschiedete er einen Gegenvorschlag, der keine Ausnahmeklausel bei der Bewilligung von Kriegsmaterialexporten erlauben will. In der Herbstsession kämpften wir im Nationalrat für den vom Ständerat verabschiedeten Gegenvorschlag. Und siehe da, er fand mit 110 zu 76 Stimmen bei 6 Enthaltungen auch bei uns eine Mehrheit. Damit erfüllten wir im Parlament die Anliegen der Volksinitiative und das Komitee zog seine Initiative zurück. Es sind genau solche Entscheide, die mir für meine politische Arbeit Energie geben und mir vor Augen führen, dass in einer Demokratie vieles erreichbar ist.

Jetzt ist eingetroffen, was ich schon seit längerem befürchtete. Öfters wurde ich belächelt, wenn ich meine Befürchtungen äusserte «...nein, doch bei uns nicht!...» und jetzt? Ja, das Covid-Zertifikat ist gemeint. Klar, es **verhindert Schliessungen**, lässt ein **soziales und gesellschaftliches Leben** zu und **schützt die Spitäler und das Personal vor Überlastung**. Aber es teilt auch die Bevölkerung in zwei Gruppen auf und das stimmt mich nachdenklich. Für den sozialen Zusammenhalt ist das keine gute Entwicklung. Auch ich bin davon überzeugt, dass die Impfung der richtige Weg ist um die Pandemie zu beenden. Besonders auch deshalb, weil jetzt bald ein weiterer anderer Impfstoff verfügbar ist. Und ja, es gibt die Testmöglichkeiten für diese Gruppe von Leuten. Aber sind wir doch ehrlich, das ist schon sehr anstrengend und geht auf die Dauer ins Geld – deshalb soll zumindest während der Ausweitung der Zertifikatspflicht die Testerei kostenlos bleiben.



Die Impfung ist aus meiner Sicht der richtige Weg. Es ist ein Akt der Solidarität. Aber wir müssen Wege im Umgang mit Menschen finden, die sich aus ihren persönlichen Gründen dagegen entscheiden. Und wir müssen das akzeptieren. Wir müssen lernen, mit dem Virus zu leben. Wir müssen achtsam sein miteinander und untereinander. Wir müssen tolerant sein.

Ich wünsche Ihnen für den hoffentlich letzten Corona-Winter Gesundheit, Achtsamkeit und dank der Impfung etwas mehr Freiheit als im letzten Winter.

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



01.10.2021

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 40

Rückblick auf die

Herbstsession...

Menschenrechte: Eine nationale Institution für Menschenrechte (NMRI) soll künftig über die Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz wachen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat zugestimmt, das bereits existierende Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte in eine entsprechende Institution umzuwandeln, mit 136 zu 52 Stimmen zu. Das [Geschäft](#) ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Die Institution soll zu den Menschenrechten forschen, informieren und dokumentieren, beraten, für das Thema sensibilisieren sowie die Zusammenarbeit und den internationalen Dialog fördern. Abgesehen von der SVP waren alle darin einig, dass die Schweiz eine solche Institution brauche. Bedarf gebe es etwa bei der Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen oder von Menschen der LGBT-Community, hiess es.

Kommentar: *Es braucht Dialog, kritisches Hinterfragen und regelmässiges Überprüfen, um die Menschenrechte für alle Gruppen einhalten zu können. Ich freue mich, dass das Schweiz. Kompetenzzentrum für Menschenrechte, das 2011 als Pilotprojekt geschaffen worden ist, in eine Menschenrechtsinstitution überführt wird.*

Epidemien: Der Nationalrat fordert eine rasche Revision des Epidemiengesetzes. Er hat eine entsprechende [Motion](#) seiner Gesundheitskommission stillschweigend angenommen. Stimmt auch der Ständerat zu, wird der Bundesrat beauftragt, dem Parlament bis Ende Juni 2023 eine Vorlage zu unterbreiten. Dabei sollen die Erkenntnisse der Corona-Pandemie einfließen. Der Bundesrat ist mit dem Anliegen grundsätzlich einverstanden, gibt aber zu bedenken, dass es wahrscheinlich Ende 2023 werde, bis eine entsprechende Gesetzesrevision vorliege.

Kommentar: *Die Corona-Pandemie ist ein Test für das Epidemiengesetz, das ohne die Erfahrungen einer solchen Krise geschaffen worden ist. Ich finde es gut, dass das Gesetz gestützt auf die gemachten Erfahrungen überprüft werden soll.*

Gesundheit von Kindern: Der Bund soll über mehrere Jahrzehnte die physische und psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen untersuchen. Dazu soll eine allgemeine Kohortenstudie durchgeführt werden. Das fordert der Nationalrat mit einer angenommenen [Motion](#) von Benjamin Roduit (Mitte/VS). Der Motionär begründete seinen Vorstoss mit ähnlichen Studien im Ausland. Als nächstes befindet der Ständerat über den Vorstoss.

Kommentar: *Gestützt auf die Erkenntnisse dieser Studie werden gezieltere Massnahmen zur Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz möglich sein.*

Stärkung der Pflege: Mit der Einführung eines Zahlenverhältnisses Pflegefachperson zu Patienten, einer sogenannten "nurse to patient ratio", will der Nationalrat die Qualität der Pflege verbessern und die Kosten im Gesundheitswesen senken. Konkret soll die Anzahl diplomierter Pflegefachleute pro Pflorgeteam erhöht werden. Eine entsprechende Motion [19.4053](#) aus den Reihen



der früheren BDP ist von der grossen Kammer angenommen worden - gegen den Willen des Bundesrats. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

Kommentar: Die Pflege ist ein wichtiger Faktor für das Wohlbefinden, die Qualität und die Sicherheit von Patientinnen und Patienten. Es braucht verschiedenste Massnahmen zur Stärkung der Pflege, dazu gehört auch die nurse to patient ratio.

Häusliche Gewalt: Wer zu Hause Gewalt erlebt, soll sich rund um die Uhr bei einer landesweiten Beratung Hilfe holen können.

Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat zwei entsprechende Motionen stillschweigend angenommen, vgl. u.a. [20.4463](#). Das Parlament verlangt die 24-Stunden-Beratung sowohl als online als auch als telefonisches Angebot. Die Motionen gehen an den Bundesrat.

Es gibt keine Freiheit ohne gegenseitiges Verständnis.

Albert Camus

Kommentar: Es ist gut, dass Menschen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, rund um die Uhr eine telefonische Anlaufstelle haben. Das genügt aber nicht. Es braucht u.a. auch genügend Plätze in Frauenhäusern, damit betroffenen Kindern und Frauen der nötige Schutz geboten werden kann. Eine nationale Strategie für Frauenhäuser tut Not!

Kinderpornografie: Der Bundesrat muss einen Bericht verfassen zur Rolle der Bundespolizei (Fedpol) bei der Bekämpfung der Pädokriminalität im Internet. Der Nationalrat hat mein entsprechendes [Postulat](#) mit 127 zu 62 Stimmen überwiesen. „Feri hegt den Verdacht, dass eine wirksame Bekämpfung an fehlenden personellen und technischen Ressourcen des Fedpol scheitert.“ Ebenfalls vom Rat überwiesen wurde ein Postulat von Fabio Regazzi (Mitte/TI), das dem Livestreaming von Kindesmissbrauch im Internet einen Riegel schieben soll. Justizministerin Karin Keller-Sutter hielt vergeblich dagegen, entsprechende Berichte brächten keinen Mehrwert. In der Sache selbst seien die Kantone zuständig und verfügten über die dafür geeigneten Instrumente.

Kommentar: Es freut mich sehr, dass ich meine Kolleginnen und Kollegen mit meiner [Rede](#) überzeugen konnte und mein Postulat mit 127 zu 62 Stimmen gutgeheissen worden ist.

E-Collecting: Der Bundesrat soll untersuchen, ob das elektronische Sammeln von Unterschriften für Initiativen und Referenden künftig eine Option sein könnte. Der Nationalrat hat ein entsprechendes [Postulat](#) seiner Staatspolitischen Kommission (SPK) überwiesen. Im bestellten Bericht sollen insbesondere die staatspolitischen Auswirkungen sowie die möglichen Folgen des E-Collecting auf das politische System der Schweiz aufgezeigt werden. Dies unter anderem in Bezug auf die verfassungsmässig festgelegten Quoren und Fristen sowie die Unterschiede der Sammlung von Unterschriften im öffentlichen wie digitalen Raum. Der Bundesrat war mit dem Vorstoss einverstanden, die SVP-Fraktion lehnte ihn ab. Sie ist grundsätzlich gegen die Einführung von E-Collecting.

Kommentar: Es braucht diese Auslegeordnung, um die Digitalisierung bei der Unterschriftensammlung ohne Pannen und ohne Missbrauch umsetzen zu können.

Tabakprodukte: Das Parlament hat sich auf ein [Tabakproduktegesetz](#) mit neuen Werbe- und Sponsoringvorschriften geeinigt. Der Nationalrat hat die letzten Differenzen in der Vorlage bereinigt. Der letzte Akt bei den Beratungen stand sinnbildlich für die jahrelange Diskussion über das Gesetz: Die Ratslinke versuchte zusammen mit der GLP einen restriktiveren Umgang mit Tabakprodukten durchzusetzen, scheiterte aber. Der Nationalrat wollte schliesslich nichts von einem Verbot von Mentholzigaretten wissen und folgte somit dem Ständerat. Aus Sicht der Linken ist



die gesamte Vorlage eine "Alibiübung". Sie setzen auf die Tabakwerbeverbotsinitiative, die voraussichtlich im nächsten Jahr zur Abstimmung kommt. Initiative und Gegenvorschlag sind bereit für die Schlussabstimmung.

Kommentar: *Das ist ein sehr enttäuschendes Resultat. Geschützt wird die Tabak- und Werbeindustrie statt die Gesundheit der Bevölkerung. Nun hoffe ich auf ein Ja zur Volksinitiative „Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung“.*

Jugendmedizin: Der Bundesrat muss die Erarbeitung einer nationalen Strategie zur Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin prüfen. Diesen Auftrag hat ihm der Nationalrat mit 113 zu 77 Stimmen bei einer Enthaltung erteilt. Ruth Humbel (Mitte/AG) begründete ihren [Vorstoss](#) namentlich mit der drohenden Unterversorgung bis 2025 in verschiedenen Regionen der Schweiz. Zudem gebe es Mängel im Tarifsystem, Versorgungsengpässe bei Arzneimitteln und Zuständigkeitsstreitigkeiten bezüglich Vorleistungen unter den Versicherern.

Kommentar: *Ich bin sehr froh, dass dieses Postulat angenommen worden ist. Denn es gilt alles daran zu tun, um eine Unterversorgung in der Kinder- und Jugendmedizin zu verhindern.*

Ratsbetrieb: Der Nationalrat solle weiterhin papierlos funktionieren. Der Rat hat einer parlamentarischen [Initiative](#) von Sidney Kamerzin (Mitte/VS) mit 101 zu 72 Stimmen bei 9 Enthaltungen zugestimmt, die das papierlose Parlament im Nationalrat zum Normalzustand erklärt. Eingeführt worden war das Prinzip des papierlosen Parlaments im Mai 2020 im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Nun wird das Geschäftsreglement des Nationalrats entsprechend angepasst. Diese Regelung gilt nicht für den Ständerat.

Kommentar: *Endlich. Wir müssen in allen Bereichen auf den Umweltschutz achten. Es ist einfach, im Parlament auf die grossen Mengen Papier zu verzichten.*

Cybermobbing: Der Bundesrat soll aufzeigen, wie Cybermobbing und digitale Gewalt besser bestraft werden können. Konkret soll die Regierung prüfen, wie das Strafgesetzbuch entsprechend ergänzt werden kann. Der Nationalrat hat ein [Postulat](#) seiner Rechtskommission (RK-N) stillschweigend zugestimmt. Im Gesetzbuch stehe zwar Cybermobbing etwa als üble Nachrede, Beschimpfung, Drohung und Nötigung unter Strafe. Es genüge jedoch nicht, nur den Begriff "Cybermobbing" im Strafgesetzbuch (StGB) aufzuführen, findet die Rechtskommission. Dies löse die Nöte der Betroffenen nicht. Der Bundesrat muss sich an die Ausarbeitung des Berichts machen.

Kommentar: *Es muss alles daran gesetzt werden, Cybermobbing und digitale Gewalt zu verhindern. Verbesserungen im Strafrecht sind neben Prävention und Hilfe für Betroffene eine wichtige Massnahme.*

Persönliche Vorstösse in der Herbstsession:

- Anitibiotikakrise: Kosten für das Gesundheitswesen? (Interpellation)
- Gendermedizin (Interpellation)
- [21.4060](#) Bedeutung präventiver Leistungen im Bereich der sexuellen Gesundheit und Gynäkologie aufzeigen und Sparpotenzial nutzen (Interpellation)
- [21.4059](#) Monitoring zur Einführung des elektronischen Patientendossiers (Motion)
- [19.4016](#) Sexuelle Gewalt an Kindern im Internet. Was macht das Bundesamt für Polizei? (angenommenes Postulat)